



Karl Brenke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

## Banken: Nicht immer ist es derselbe Täter

Im Kinderbuch steht die Geschichte eines Jungen geschrieben, der mit seinen üblen Streichen Unheil angerichtet und deshalb den Zorn der anderen Kinder und der Erwachsenen auf sich gezogen hat. Als dann eine neuerliche Missetat geschah, hat man sie natürlich dem Strolch zugeschrieben. Die Prügel, die er deshalb bezog, fand allseits Beifall, denn jeder hatte die Bestrafung ja auch gefordert. Dummerweise war der Junge dieses Mal aber nicht der Schuldige, was aber alle Anderen nicht weiter störte. Es hatte ja doch den Richtigen getroffen. So ähnlich ist es den Banken ergangen.

Lange Zeit galten sie als die glänzenden Stars der Wirtschaft, die riesige Gewinne einfuhren und die ihrem Management sowie ihren Investmentbankern exorbitante Vergütungen zahlten. Durch die Finanzkrise wurde dieses Image völlig ramponiert, und inzwischen gelten die Banken als die bösen Buben. Völlig zu Recht. Haben sie doch maßgeblich dazu beigetragen, einen Immobilienballon in Teilen der Welt aufzublasen. Waren sie es doch, die mit *innovativen Finanzprodukten* heiße Luft verpackt, verkauft und blendend daran verdient haben. Und natürlich haben sie auch die Chance genutzt, Zweckgesellschaften zu gründen – mit dem Zweck, an den Bilanzen und somit an der Aufsicht vorbei hochriskante Geschäfte zu tätigen. Mitunter war auch kriminelle Energie im Spiel. Zwangsläufig musste das Kartenhaus irgendwann zusammenklappen. Um einen kaum zu kalkulierenden Schaden von der produzierenden Wirtschaft abzuwenden, haben die Staaten den Finanzsektor mit massiven Hilfen gestützt. Das Publikum ist alles andere als begeistert, da es mit seinen Steuern die Zeche für die Völlerei und deren Folgen zahlen muss.

Es kann nun auf den ersten Blick nicht erstaunen, dass die Banken auch bei der Griechenland-Krise in der Kritik stehen. Denn Griechenland wird mit dem Einsatz enormer Mittel anderer Staaten der Eurozone vor dem Kollaps bewahrt, und die Banken und Versicherungen müssen ihre an Griechenland geliehenen Gelder längst nicht in dem Maße abschreiben, wie sie es bei einer Staatspleite hätten tun müssen. Noch-

mals ist der Steuerzahler eingesprungen. Und wieder einmal wurde ordnungspolitisch gesündigt, weil das Risiko nicht bei denjenigen geblieben ist, die es hätten tragen müssen.

Und doch liegen die Dinge im Falle Griechenland etwas anders. Die Banken haben dieses Mal nicht gezockt, sondern nur das getan, was zu ihren ureigensten Aufgaben gehört. Schon die Medici, die Fugger oder die Rothschilds haben Staaten Geld geliehen. Wie oft in der Geschichte stellte sich heraus, dass der staatliche Schuldner beim Kapitaldienst in Schwierigkeiten steckte. Griechenland hat in dieser Hinsicht schon eine gewisse Tradition. Anzukreiden ist den Banken und Versicherungen, dass sie so blauäugig waren, dem griechischen Staat Kredite zu Konditionen zu geben, mit denen das Risiko völlig unterschätzt wurde. Freilich war das tatsächliche Risiko auch schwer zu fassen, da der Schuldner seine wirkliche Lage geschickt verschleierte. Erst 2004 kam heraus, dass Griechenland sich den Beitritt zur Eurozone erschlichen hatte. Damals hätten die Märkte entsprechend reagieren müssen, was aber weitgehend ausblieb. Man ließ sich offenbar von den Akteuren auf EU-Ebene beruhigen. Es wurden schärfere Kontrollen versprochen, und der Vorfall verlief sich im Sande der Diplomatie.

Heute ist man zivilisierter als beispielsweise 1902, als Venezuela die anstehenden Zahlungen verweigerte, und einige europäische Staaten Kanonenboote schickten, um für die Banken ihres Landes – und damit auch für viele Anleger – die Schulden einzutreiben. Aber man sollte doch so fair sein, nicht die geleimten Gläubiger anzuklagen, wie es bei der Griechenlandkrise in der Öffentlichkeit geschieht. Der eigentliche Übeltäter ist und bleibt der Schuldner, zumal er auch noch getäuscht und getrickst hat. Erst dann kommen diejenigen, die das nicht sehen und nicht wahrhaben wollten. Dazu gehören auch die Finanzinstitute, aber mindestens ebenso die verantwortlichen Politiker in den entsprechenden Gremien der EU und wohl auch die Wissenschaft. Das Malheur haben nun die europäischen Steuerzahler und die unbeteiligten Bürger in Griechenland.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
78. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
PD Dr. Joachim R. Frick  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Sabine Fiedler

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Frauke Braun  
PD Dr. Elke Holst  
WolfPeter Schill

#### Lektorat

Kati Schindler  
Dr. Ferdinand Fichtner

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.